

Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister

Datum
17.08.2026
Ausschussbetreuender Fachbereich
Jugend und Soziales
Schriftführung
Tatjana Mark
Telefon-Nr.
02202-141866

Niederschrift

Jugendhilfeausschuss
Sitzung am Mittwoch, 01.07.2026

Sitzungsort

Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:00 Uhr - 18:36 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

Sitzungsteilnehmer
Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

Ö Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil**
- 3 Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden**
- 4 Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 5 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse im öffentlichen Teil der vergangenen Sitzung
0420/2026**
- 6 Vorstellung des Projekts „Stand uP“ in Trägerschaft der GL Service gGmbH**

0298/2026

- 7 Vorstellung der Jugendberatungsstelle in Trägerschaft der AWO Rhein-Oberberg e.V.**

0407/2026

- 8 Kostenübernahme einer neu konzipierten Randstundenbetreuung an der GGS Heidkamp**

0408/2026

- 9 Anträge der Fraktionen**

- 9.1 Antrag der Arbeitsgemeinschaft Jugendhilfe und der CDU-Fraktion zum NRW-Infrastrukturgesetz 2025-2036 (eingegangen am 9. Juni 2026)**

0476/2026

- 10 Anfragen der Ausschussmitglieder**

Protokollierung

Ö Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Frau Opiela (Vorsitzende) eröffnet die Sitzung, stellt die rechtzeitige Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit fest und verliest die entschuldigten Mitglieder.

2. Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil

Frau Mark (Verwaltung) teilt mit, dass die Niederschrift leider noch nicht fertig sei und bittet um Vertagung des Tagesordnungspunktes auf September.

Die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses sind einverstanden.

3. Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden

Frau Opiela (Vorsitzende) erinnert an die schreckliche Gewalttat in Stade: Am 29.06.2026 hat ein Mann in einer Mutter-Kind-Einrichtung sechs Mitarbeitende erschossen. Sie drückt ihre starke Betroffenheit aus und kommt dann auf den Allgemeinen Sozialen Dienst der Stadt Bergisch Gladbach zu sprechen. Sie hebt hervor, wie herausfordernd diese Tätigkeit sei, generell gelte das für alle, die mit Menschen in prekären Lebenslagen umgehen.

4. Mitteilungen des Bürgermeisters

Frau Engelberth (Verwaltung) berichtet, dass am Samstag das Jugendfestival der Offenen Kinder- und Jugendarbeit im Gleispark stattgefunden habe. Trotz der Hitzewelle sei es ein voller Erfolg gewesen. Es habe viele motivierte Helferinnen und Helfer gegeben und die Träger seien mit tollen Angeboten aktiv geworden, u. a. habe es ein großes Bühnenprogramm und eine super Bewirtung gegeben. Auch die Feuerwehr sei vor Ort gewesen, um für Abkühlung zu sorgen. Rund 300 Kinder, Jugendliche und Erwachsene hätten teilgenommen. Sie bedankt sich bei allen Beteiligten.

5. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse im öffentlichen Teil der vergangenen Sitzung

0420/2026

Keine Wortmeldungen.

6. Vorstellung des Projekts „Stand uP“ in Trägerschaft der GL Service gGmbH

0298/2026

Es referieren Herr Kuhlen und Frau Majer von der GL Service gGmbH. Die Präsentation hängt an. Nach dem Vortrag erfolgt ein Austausch im Plenum.

Frau Opiela (Vorsitzende) bedankt sich für die Darstellung und die eindrückliche Schilderung eines Fallbeispiels. Dieses mache deutlich, wie wichtig es sei, dranzubleiben. Kleine Schritte wären insbesondere für Menschen in multiplen Problemlagen wichtig.

Herr Schulte (Diakonisches Werk Köln und Region) bedankt sich ebenfalls für die Darstellung. Er hebt hervor, wie schwierig es für Betroffene sei, die richtige Anlaufstelle für ihre Anliegen zu finden. Diese Komplexität sei allseits bekannt. Auch bezieht er sich auf die unterschiedlichen Altersgruppen, weil im Vortrag auch von einer 29-jährigen Person die Rede war. Aufgrund formaler Zuständigkeiten ergäben sich hier teils große Brüche. Deswegen finde er das Ganze so wichtig. Bezogen auf das Fallbeispiel berichtet er von einer Konferenz, in der man darüber gesprochen habe, was mit den jungen Menschen passieren würde, wenn sie keine Hilfe bekommen. Er priorisiert die weitreichende Wirkung der Hilfeleistungen auf die einzelnen Menschen. Zugleich weist er aber auch auf die wirtschaftliche Perspektive hin. Was würde es beispielsweise kosten, wenn jemand keine Hilfe bekommt und es somit nicht in eine selbstständige Lebensführung schafft? Somit sei es auch deshalb lohnend, an dieser Stelle zu investieren.

Herr Kuhlen (GL Service) beschreibt dies als wichtigen Hinweis. Es gebe Menschen im Hilfesystem, die nie etwas anderes als bestimmte Hilfeleistungen erhalten haben und damit seien hohe Kosten verbunden. Somit wolle man sich – auch gemäß der ursprünglichen Projektidee von *Stand uP* – schon möglichst früh um junge Menschen kümmern, um einem (drohenden) lebenslangen Leistungsbezug entgegenwirken. Um dieses Ziel zu erreichen, müssten maximale Ressourcen aufgewendet werden. Im Erfolgsfall könnte so ca. eine Million Euro pro Person gespart werden. Es sei daher richtig, dass es u. a. auch um volkswirtschaftliche Aspekte ginge. Zwar erreiche man das Ziel nicht in jedem Fall, aber man bemühe sich stets darum, die jungen Menschen – auch mit hohem Aufwand – bestmöglich im System einzugliedern. Man müsse bedenken, dass es Kinder gebe, deren Lebensrealität eine andere ist. Sie würden es beispielsweise nicht anders kennen, dass die Eltern im Leistungsbezug und somit immer zu Hause sind, weil sie keiner Arbeit nachgehen. Wie sollten sich diese Kinder ohne Hilfe auf dem Arbeitsmarkt zurechtfinden und später eine Ausbildung bzw. Arbeit finden?

Herr Komenda (SPD) bedankt sich für die Darstellung. Diese habe verdeutlicht, wie wichtig dieses Angebot bzw. ein niedrigschwelliger Zugang ist. Er hebt positiv hervor, wie eng mit den Menschen gearbeitet werde. Weiter bezieht er sich auf das vorhandene Netzwerk, mit dem die GL Service gGmbH kooperiert. Er fragt, ob dazu auch der exAzubitreff gehöre.

Herr Kuhlen (GL Service) bejaht dies. Es handele sich um eine Einrichtung aus dem eigenen Haus. Er verweist auf die AWO-Jugendberatung, welche im folgenden Tagesordnungspunkt zu Wort kommen werde. Hier bestehe ein sehr enger Kontakt.

Frau Majer (GL Service) fügt hinzu, dass es einen Arbeitskreis Jugendberufshilfe gebe. Dieser treffe sich viermal im Jahr und fördere kurze Wege und einen persönlichen Austausch. Es sei gut für die Zusammenarbeit, wenn man die Gesichter hinter den Namen kenne. Wenn beispielsweise das Angebot der AWO-Jugendberatung besser zu einem bestimmten Fall passt, könne man sich einfach telefonisch absprechen und die Person ggf. dorthin schicken.

Herr Komenda (SPD) überlegt, wie man solche Angebote bekannter machen könnte. Er fragt nach einer Einschätzung, ob das notwendig bzw. sinnvoll wäre. Als beispielhafte Möglichkeit nennt er ein Flugblatt mit den verschiedenen Angeboten, welches man beispielsweise den Lehrkräften an den Schulen zur Verfügung stellen könnte. Abschließend fragt er, ob dafür Kapazitäten vorhanden wären.

Herr Kuhlen (GL Service) antwortet, dass dies ein wichtiger Punkt sei. Er sei dankbar, dass es seitens der Stadtverwaltung keine Vorgaben gebe, wie viele Jugendliche pro Monat betreut werden müssen. Dies würde so auch nicht funktionieren, da gerade zu Beginn der Zusammenarbeit mit den Jugendlichen viel Zeit aufgewendet werden müsse. Oftmals gebe es

multiple Problemlagen, die zunächst sortiert werden müssten. Man habe somit nicht zu wenig zu tun. Dennoch gebe es bereits Multiplikatoren, die über das Angebot informieren, zum Beispiel mit ausliegenden Flyern.

Herr Muth (Verwaltung) teilt mit, dass die Stadt nach seiner Auffassung ein sehr gutes Netzwerk habe. *Stand uP* gehöre zum Netzwerk Jugendsozialarbeit. Dieses gehöre wiederum zur Präventionskette *Soziale Stadtentwicklung*, wo die ganze Abteilung hinter stecke. Weiter gebe es die sozialräumlichen Netzwerke, bei denen die einzelnen Angebote ebenfalls bekannt seien und beworben würden. Er berichtet von einem durchgeführten Interview, welches schwerpunktmäßig mit Menschen zwischen sechs und 27 Jahren durchgeführt worden sei, darunter auch Menschen mit Migrationsgeschichte. Dadurch habe man wichtige Hinweise bekommen, wie Werbung gemacht werden sollte. Er werde darüber informieren, sobald die Ergebnisse veröffentlicht werden.

Herr Bertenrath (Schulen) bedankt sich ebenfalls für den Vortrag. Er finde es super, dass das Angebot mit einem Fallbeispiel dargestellt wurde, denn dies käme in Bergisch Gladbach wahrscheinlich hundertfach vor. Als Vertreter der Schulen stelle er sich die Frage, wie man Angebote noch niedrigschwelliger gestalten könne. Was könnte wie in der Schule stattfinden, was könnte angeboten werden, um Schülerinnen und Schülern im Bedarfsfall die Kontaktaufnahme mit den Angeboten zu erleichtern? Auch überlegt er, wie man mit den verschiedenen Zuständigkeiten umgehen könnte. Wo sei hier beispielsweise die Abgrenzung der Angebote?

Herr Kuhlen (GL Service) stimmt zu, dass es in Bergisch Gladbach bereits eine gute Hilfelandschaft gebe. Er denke, dass jedes Projekt eigene Stärken, Zugänge, Möglichkeiten und Grenzen habe. Die Frage sei also, wie die Betroffenen an ein passgenaues Angebot kämen. Bezogen auf *Stand uP* gibt er zu bedenken, dass eine Bewerbung in Schulen derzeit nicht sinnvoll sei – außer, man würde das Projekt auf 20 Mitarbeitende hochskalieren. Er glaube jedoch nicht, dass dies der richtige Zeitpunkt sei, um solche Forderungen zu stellen. Dennoch sei es tatsächlich so, dass in der Vergangenheit auch an Schulen über das Angebot informiert wurde. In der IGP habe man mit anderen Trägern beim Friedensfest mitgewirkt, wobei verschiedene Hilfemöglichkeiten für junge Menschen im Stadtgebiet vorgestellt worden seien. Er beschreibe dies als tolle Veranstaltung.

Frau Majer (GL Service) merkt an, dass mit dieser Diskussion ggf. dem folgenden Vortrag der AWO-Jugendberatung vorgegriffen werde. Diese fungierten auch als Lotsen und seien an Schulen aktiver als das Projekt *Stand uP*.

Herr Cremer (AfD) fragt, ob die Stadt Bergisch Gladbach auch niedrigschwellige Angebote oder Jobs für Menschen in multiplen Problemlagen anbiete.

Herr Kuhlen (GL Service) antwortet, dass auch er städtischer Mitarbeiter sei und daher gern antworten würde. Selbstverständlich biete die GL Service gGmbH hier etwas an, darunter Arbeitsgelegenheiten oder Integrationsmaßnahmen für Geflüchtete. Er freue sich darüber, dass die GL Service somit neben Beratung und Hilfe auch konkrete Beschäftigungsmöglichkeiten biete.

Herr Bertenrath (Schulen) bezieht sich auf den Wortbeitrag von Herrn Kuhlen, aus dem hervorgeht, dass aus Kostengründen derzeit keine Hochskalierung von *Stand uP* möglich sei. Sei nicht gerade jetzt genau die richtige Zeit, um mehr zu tun? Zwar würden Maßnahmen mit entsprechenden Kosten einhergehen, aber letztendlich spare man dann Geld. Je eher man anfangen, desto höher könnten am Ende vielleicht die Einsparungen sein.

Herr Dekker (Verwaltung) stimmt ihm inhaltlich im Grundsatz zu. Allerdings sei das Problem, dass die Erfolge Sozialer Arbeit nicht fiskalisch messbar seien. In der aktuellen Haushaltslage sei es daher schwierig, zu argumentieren. Seit 2009 bekäme die GL Service gGmbH 80.000 Euro von der Stadt Bergisch Gladbach für dieses Angebot. Im Hinblick auf die Inflation beschreibt er die Erbringung der entsprechenden Leistungen mit diesen gleichbleibenden Mitteln als bemerkenswert. In seiner Rolle als Geschäftsführer der GL Service gGmbH würde er das Angebot theoretisch gerne ausbauen. Allerdings müsse das Geld dafür irgendwo hergenommen werden.

Dies gestalte sich – wie eingangs beschrieben – schwierig. Das Argument, dass andererseits Millionen gespart werden könnten, sei theoretisch richtig, aber praktisch nicht anwendbar.

7. **Vorstellung der Jugendberatungsstelle in Trägerschaft der AWO Rhein-Oberberg e.V.**
0407/2026

Es referieren Frau Schötz-Berg, Frau Honermann und Herr Gök von der AWO-Jugendberatung. Die Präsentation (ohne Videomaterial) hängt der Niederschrift an.

Frau Opiela (Vorsitzende) bedankt sich nach dem Vortrag für die Einblicke. Sie beschreibt die Tätigkeit der AWO-Jugendberatung als Lebenshilfe für junge Menschen und hebt die Wichtigkeit dieser auch präventiv wirkenden Arbeit hervor. Insbesondere die per Video dargestellten O-Töne lobt sie als sehr besonders.

8. **Kostenübernahme einer neu konzipierten Randstundenbetreuung an der GGS Heidkamp**
0408/2026

Herr Komenda (SPD) lobt die dargestellte Lösung. In letzter Zeit sei es immer wieder um OGS-Plätze gegangen. Die Vorlage zeige, dass die Stadt sich in diesem Bereich verbessert habe und durchaus nach kreativeren Möglichkeiten und Wegen suche. Das sei ein wichtiges Zeichen, denn es gebe Eltern, die für ihre Kinder keinen Platz bekommen und dies sei ein großes Problem. Er erwähnt einen vergangenen Bericht aus dem Kölner Stadtanzeiger und kritisiert, dass darin gestanden habe, dass die Stadt in diesem Bereich seit Jahren untätig sei. Darum hebt er hervor, dass die Stadt seitdem rund 500 OGS-Plätze geschaffen habe. Das sei nicht nichts. Er wolle dies zum Anlass nehmen, um auszudrücken, dass man weiter daran arbeite und auch neue Lösungen zunehmend gesucht würden. Dies sei aus seiner Sicht auch dringend notwendig.

Beschlussvorschlag:

- I. Der Kostenübernahme für das Angebot einer neu konzipierten Randstundenbetreuung der Kreativitätsschule Bergisch Gladbach e.V. (Krea – als Träger) an der Gemeinschaftsgrundschule Heidkamp in Höhe von 18.584,81 Euro zugestimmt.
- II. Gleichzeitig wird die Verwaltung ermächtigt, eine entsprechende Kooperationsvereinbarung mit der Krea abzuschließen.

Die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses stimmen einstimmig für den Beschlussvorschlag.

9. **Anträge der Fraktionen**

9.1. **Antrag der Arbeitsgemeinschaft Jugendhilfe und der CDU-Fraktion zum NRW-Infrastrukturgesetz 2025-2036 (eingegangen am 9. Juni 2026)**
0476/2026

Frau Opiela (Vorsitzende) teilt mit, dass die Fraktionen Bündnis 90/ DIE GRÜNEN und SPD angeregt hätten, den Beschluss zu vertagen. Grund sei, dass die Unterlagen erst zur Sitzung in Form einer Tischvorlage zugestellt wurden und es somit an Beratungszeit fehle.

Frau Steinkrüger (CDU) teilt mit, dass die CDU-Fraktion damit einverstanden sei. Der Inhalt sei nicht so zeitkritisch, dass zwingend heute abgestimmt werden muss und die anderen Fraktionen sollten die Möglichkeit haben, sich zu beraten. Weiter berichtet sie, dass für die Ausarbeitung und Einreichung des Antrags viel Zeit aufgewendet worden sei, man habe sich viel dazu beraten und die Frist eingehalten. Man habe zudem erwartet, dass die Verwaltung die übrigen Fraktionen vor der Sitzung über den Inhalt informiert. Sie ruft die Verwaltung auf, dass so etwas in Zukunft nicht nochmal passiert.

Herr Paduch (Bündnis 90/DIE GRÜNEN) merkt nach der Beschlussfassung an, dass bis zum nächsten Jugendhilfeausschuss noch einige Monate vergehen würden. Daher würden sich bestimmt noch konkrete Dinge ergeben, die einfließen könnten. Er würde es gut finden, das noch hinzuzufügen.

Frau Werker (Verwaltung) antwortet, dass der Stellungnahme der Verwaltung zu entnehmen sei, dass derzeit ein Verfahren entwickelt wird und der Antrag erst danach berücksichtigt werden könne. Gerade aus Finanzsicht sei man derzeit noch mit anderen Themen beschäftigt. Ähnlich wie andere Kommunen habe man das Ganze noch nicht in ein Verwaltungshandeln überführt. Dies sei auch der Grund für den Inhalt der Stellungnahme. Sobald die Verwaltung sich in den kommenden Sommermonaten weiter damit beschäftigt hat, werde man selbstverständlich die Ergebnisse kommunizieren.

Herr Fischer-Wesselmann (Katholische Jugendagentur) teilt mit, dass der Antrag auch beinhalte, dass im Verfahren der Mittelverteilung auch die Investitionsbedarfe der freien Träger berücksichtigt werden sollten. So habe man der Verwaltung mit auf den Weg geben wollen, ein Verfahren zu entwickeln, welches genau das aufgreift. Dies sehe er durch die Vertagung gefährdet. Er äußert sein Bedauern darüber und berichtet, dass man sich sehr bemüht habe, den Antrag noch fristgerecht einzureichen. Er bittet die Verwaltung deutlich zu machen, dass die Inhalte des Antrags schon bei der Verfahrensentwicklung berücksichtigt werden. So wolle er verhindern, dass im September-Ausschuss über etwas entschieden wird, was eigentlich schon Verfahren ist.

Frau Werker (Verwaltung) macht deutlich, dass eine Ausgrenzung keinesfalls das Ziel sei. Vielmehr gebe es derzeit noch kein Verfahren und somit sei unklar, wie die Beteiligungen am Ende aussehen. Der Prozess stehe noch aus und vorher könne nicht vorausgesagt werden, wann bzw. wie genau der Antrag berücksichtigt wird.

Herr Komenda (SPD) führt an, dass die SPD-Fraktion den Antrag grundsätzlich als sinnvoll betrachten würde. Aufgrund der darin enthaltenen Quoten und relativ umfangreichen Bitten an die Verwaltung könne man jedoch nicht so spontan darüber entscheiden. Er hebt hervor, dass dennoch auf jeden Fall gewünscht sei, dass die Jugendhilfe in zukünftige Überlegungen einbezogen wird.

Frau Muth (Arbeitsgemeinschaft Jugendhilfe) regt an, die Zwischenzeit zu nutzen, um konkretere Bedarfe festzustellen. Man habe beispielsweise noch nicht darüber gesprochen, um welche Summe es gehe. In der nächsten Zeit stünden aber durchaus bestimmte Maßnahmen an, weswegen sie empfiehlt, den Bedarf dafür zumindest grob zu ermitteln. Man wisse schließlich noch nicht, wann die Maßnahmen umgesetzt werden und das verändere auch die Kostenkalkulation.

Frau Werker (Verwaltung) antwortet, dass auch sie dafür sei, die Zeit zu nutzen. Allerdings liege die Verantwortung im Fachbereich für Finanzen. Die Stellungnahme zum Antrag sei demnach auch aus dem Fachbereich 2 gekommen. Sobald sich die weitere Richtung herauskristallisiere, werde darüber informiert, gerne auch außerhalb der Ausschusssitzungen. Jetzt schon Bedarfe zu eruieren, halte sie nicht für sinnvoll. Sie betont erneut, dass das Ziel ein Verfahren sei, welches sich in Verwaltungshandeln umsetzen lasse. Bis dahin empfiehlt sie, abzuwarten.

Geänderter Beschlussvorschlag

Der Beschluss wird auf den folgenden Jugendhilfeausschuss vertagt.

Die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses stimmen einstimmig zu.

10. Anfragen der Ausschussmitglieder

Herr Komenda (SPD) macht auf den Rückgang der Anmeldungszahlen im Bereich Kindertagespflege aufmerksam. Im Jugendhilfeausschuss kämen viele Akteure zusammen, die mit diesem Thema zu tun haben, weswegen er das Wort gerne an Frau Hohnrath (Arbeitsgemeinschaft Jugendhilfe) übergeben wolle. Sie werde darstellen, wie die derzeitige Lage ist und welche konkreten Vorschläge es zu diesem Thema gibt.

Frau Hohnrath (Arbeitsgemeinschaft Jugendhilfe) bedankt sich für diese Möglichkeit. In Bergisch Gladbach gebe es 81 Kindertagespflegepersonen, die ungefähr 330 Kinder unter drei Jahren abdecken würden. Zum Sommer würden 11 Prozent dieser Kindertagespflegepersonen aufhören, dies entspreche einer von neun Personen. Trotzdem gebe es bei den übrigen immer noch 31 freie Plätze, die nicht belegt werden könnten.

Die Kindertagespflege sei ein guter Teil der Bildungslandschaft. Es sei nicht mehr so, dass Eltern die Kindertagespflege als Notlösung betrachten, sondern vielmehr als eine gute Möglichkeit, Kinder bindungsorientiert, familiennah, flexibel und in kleinen Gruppen zu betreuen. Dies spreche dafür, dass es ein Wunsch- und Wahlrecht brauche. Leider sei dies momentan nicht mehr gut gegeben, weil im Bereich von zwei- bis dreijährigen Kindern ein Überhang von 117 Plätzen verzeichnet werde.

Dies führe zu Druck, zum Beispiel wenn nach Abschluss eines neuen Vertrages oder einer gerade erfolgten Eingewöhnung Kinder „rausakquiriert“ würden und dann in Kitas gehen. Sie beschreibe dies als sehr dramatisch und ruft dazu auf, sich Lösungen dafür zu überlegen, wie man beiden Seiten gerecht werden könnte. Derzeit fühle sich das Ganze nach Konkurrenz an und dem wolle man entgegenarbeiten. Ziel sei eine Zusammenarbeit mit den Kitas, wozu man sich viele Gedanken gemacht habe. So habe es u. a. ein Gespräch mit dem Landtagsabgeordneten gegeben. In diesem Zusammenhang erwähnte sie auch das Thema der Zweckbindung.

Es sei oft thematisiert worden, dass es gerade in der Gruppenform 1 sechs Plätze für Kinder ab zwei Jahren gebe und diese nicht mit älteren Kindern belegt werden könnten. Dies sei aber so nicht richtig, denn eine Belegung sei möglich, sofern man dokumentieren könne, dass niemand auf der Warteliste stehe. Somit sei es für die Kindertagespflege natürlich wichtig, dass bei leeren Wartelisten keine Kinder „rausakquiriert“ werden, die eigentlich schon versorgt sind. Es wäre daher ein großes Anliegen, auch in solche Richtungen zu denken.

Hinweis der Verwaltung:

Eine Kindertagesstätte muss in Gruppenform 1 unabhängig von der Zweckbindung mindestens vier Kinder unter drei Jahren aufnehmen. Maximal möglich sind sechs. Wenn die Einrichtung nicht mindestens 4 Plätze belegen kann, droht ein Geldverlust (Konnexität). Falls es keine weiteren U3-Kinder auf der Vormerkliste der Einrichtung gibt, können die weiteren beiden Plätze mit Ü3-Kindern belegt werden.

Die Zweckbindung betreffend gibt es folgende Ausnahmen:

a) „freigehaltene U3-Plätze“

- Erreichen einer bestimmten Altersgrenze für die Aufnahme
- Aufnahme von Geschwisterkindern
- Bekannte Zuzüge
- Kinder mit Behinderungen

b) Mit Ü3-Kindern belegte U3-Plätze

- *Schulrücksteller*
- *Kinder mit Fluchthintergrund (im Jahr der Aufnahme)*
- *Kinder mit besonderem Förderbedarf (im Einzelfall nachzuweisen)*

Gemäß § 3 Abs. 1 KiBiz NRW haben Eltern das Recht, für die Betreuung ihrer Kinder zwischen den im Rahmen der örtlichen Jugendhilfeplanungen zur Verfügung stehenden Tagesbetreuungsangeboten zu wählen.

Die Kindertagespflegepersonen seien hoch professionalisiert, arbeiteten mit einem hohen Anspruch, leisteten eine sehr wertvolle Arbeit. Sie seien keine Notlösung mehr.

Sie spricht sich für eine Erwähnung in Veröffentlichungen und Planungen aus sowie für die Möglichkeit, an allen Gremien teilzunehmen. Weiter bittet sie um ein klares politisches Bekenntnis für die Kindertagespflege.

Weiter appelliert sie an die Verwaltung, die wirtschaftlichen Risiken abzufedern. Es habe früher einmal eine dreimonatige Weiterzahlung gegeben, wenn ein Kind zu Gunsten der Kita „rausakquiriert“ wurde. Dieser frei gewordene Platz müsste sofort neu belegt werden, weil sonst das Geld fehle.

Eine weitere Folge sei, dass der Mietkostenzuschuss wegfalle, sobald weniger als vier Kinder betreut werden. Sie erwähnt Vorhaltepauschalen für Rechtsansprüche bei leerstehenden Plätzen oder für Vertretungen. Die Plätze blieben nicht aufgrund der Betreuungsqualität leer, sondern weil die Rahmenbedingungen aktuell nicht stimmten. Man wünsche sich daher, dass noch einmal kreativ überlegt wird, was möglich ist bzw. was man wirtschaftlich für die Kindertagespflege tun kann.

Wenn Kindertagespflegepersonen ausfallen, ließen sie sich nicht so schnell woanders unterbringen. Viele hätten eigene Räumlichkeiten, die dann aufgegeben werden müssten. Es sei teils vorgeschlagen worden, stattdessen in einer Kita tätig zu werden, aber dies sei nicht, was die Kindertagespflegepersonen wollen. Es sei nicht das, wofür sie stehen.

Als weiteren Punkt nennt sie die Investitionen in neue Kitas. Die Planung stimme nicht mit dem Ist-Zustand überein und es stelle sich die Frage, ob man nicht die Richtung ändern könne. Vielleicht könnten so Fehlentscheidungen mit jahrzehntelangen Folgen verhindert werden. Sollte die aktuell bestehende Diskrepanz von Plätzen noch größer werden, müsse man umdenken.

Daher wünsche man sich, dass familienpolitische Entscheidungen nicht nur finanzielle Aspekte fokussieren, sondern sich insbesondere auch auf das Kindeswohl und die Wahlfreiheit fokussieren.

Frau Werker (Verwaltung) bedankt sich für die Ausführungen. Die Kindertagespflege sei in Bergisch Gladbach ein wichtiges Standbein der Kindertagesbetreuung und werde ihrer Meinung nach auch als solches gesehen bzw. sei entsprechend etabliert. Dies zeige auch die Mitwirkung im Jugendhilfeausschuss bzw. in anderen Gremien wie der Arbeitsgemeinschaft Jugendhilfe, in der es genau um diese Vernetzung der Jugendhilfelandschaft gehe.

Wie bereits im Ausschuss besprochen, sei der Einbruch der Zahlen so nicht vorhersehbar gewesen.

Zum Wunsch- und Wahlrecht der Eltern fügt sie hinzu, dass dieses auch weiter bestehen werde. Daraus resultiere dann auch der Bedarf, der sich bei den Kindertagespflegepersonen am Ende ergebe. Als Stadt habe man keinesfalls vor, die Kindertagespflege in irgendeiner Form aktiv zu reduzieren. Die finanziellen Rahmenbedingungen könne man aber nicht verändern. Sicherlich gebe es Möglichkeiten, wenn mehr finanzielle Ressourcen verfügbar wären. Aber leider gebe es Restriktionen.

Sie hebt nochmals hervor, dass Eltern sich auch weiterhin für die Kindertagespflege entscheiden können. Die genannten Vorteile von kleinen, familiennahen Gruppen sowie die Flexibilität seien genau das, was Eltern der Verwaltung gegenüber positiv hervorheben. Sie persönlich sei überzeugt davon, dass sich Eltern auch weiterhin dafür entscheiden.

Hinsichtlich der geplanten neuen Kitas fügt sie hinzu, dass ein Abbruch der Baumaßnahmen bedeuten würde, sehr viel Geld verloren zu haben. Man befinde sich derzeit mitten im Bauverfahren und ein Baustopp sei somit nicht sinnvoll. Die erste Kita würde schon bald übergeben werden, bei der zweiten stehe bereits der Rohbau und die dritte befinde sich auch schon in einer sehr fortgeschrittenen Leistungsphase.

Frau Hohnrath (Arbeitsgemeinschaft Jugendhilfe) antwortet, dass die Eltern das Wunsch- und Wahlrecht bereits wahrnehmen und sich für die Kindertagespflege entscheiden. Allerdings würden Anrufe der Kita dann alles wieder ändern. Sie könne das einerseits verstehen, denn auch die Kitas müssten ihre Plätze besetzen. Aber ein „Rausakquirieren“ aus der Kindertagespflege könne nicht der Ansatz sein. Man müsse daher überlegen, was man tun kann, um eine gute Verteilung zu erreichen.

Frau Werker (Verwaltung) teilt mit, dass sie im Rahmen des Jugendhilfeausschusses gerne Fachdiskussionen führe. Dennoch empfiehlt sie, die Diskussion in der Planungsgruppe Tagesbetreuung für Kinder fortzuführen. Dort würden die entsprechenden Fachleute zusammenkommen. Dies sei ein guter Raum, um sich Lösungsansätze zu überlegen und diese dann im Jugendhilfeausschuss einzubringen.

Herr Cremer (AfD) kritisiert, dass zuvor ein dringender Bedarf an Kitas festgestellt worden sei und man jetzt über 100 nicht belegte Plätze habe. Im Hinblick auf die drei neuen geplanten Kitas schlägt er vor, nach alternativen Lösungen zu suchen. So gebe es einen großen Bedarf an Förderschulen. Hinsichtlich der Situation bezüglich der Kindertagespflege halte er den aktuellen Plan mit den neuen Kitas nicht für sinnvoll.

Frau Nonnenbruch (Arbeitsgemeinschaft Jugendhilfe) merkt an, dass sich die Bildungslandschaft verändert habe. Es gebe nun mehr Plätze und es komme vor, dass Eltern, „Kita-Hopping“ betreiben. Also gebe es wahrscheinlich auch Eltern, die zwischen Kita und Kindertagespflege wechseln. Sie halte eine Verlagerung der Diskussion in die Planungsgruppe bzw. die Arbeitsgemeinschaft Jugendhilfe auch für sinnvoll.

Herr Komenda (SPD) bedankt sich für die Informationen und den Austausch. Aus seiner Sicht sei das Ganze eine komplexe Angelegenheit, gerade im Hinblick auf die rechtlichen Aspekte bzw. das Thema U3. Er unterstütze die Idee, gemeinsam Lösungsansätze zu erarbeiten. Hinsichtlich der neuen Kitas fügt er hinzu, dass damals mit ganz anderen Zahlen gearbeitet worden sei. Die Einbrüche seien schnell eingetreten und es sei nicht klar, wie die Situation in zwei oder drei Jahren aussehe. Vielleicht gebe es dann wieder einen höheren Bedarf, zum Beispiel aufgrund der Nahostkonflikte.

Die Vorsitzende schließt den öffentlichen Sitzungsteil um 18:36 Uhr.

Frau Opiela (Vorsitzende)

Frau Mark (Schriftführerin)